

Zahlungsaufschub für Kleinunternehmen für Forderungen aus Verträgen zur Versorgung mit Telekommunikationsdiensten wegen Zahlungsunfähigkeit aufgrund COVID-19 (Corona Pandemie)

Wichtige Hinweise

Wenn Kleinunternehmen aufgrund der COVID-19 Pandemie vorübergehend nicht in der Lage sind, die Rechnungen für Dauerschuldverhältnisse, die zur Eindeckung mit Leistungen zur angemessenen Fortsetzung seines Erwerbsbetriebs erforderlich sind zu zahlen, oder dem Unternehmen die Erbringung der Leistung ohne Gefährdung der wirtschaftlichen Grundlagen seines Erwerbsbetriebs nicht möglich wäre, hat der Gesetzgeber mit dem „Gesetz zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie“ die Möglichkeit vorgesehen, dass Kleinunternehmen vertraglich vereinbarte Zahlungen vorübergehend bis zum 30.06.2020 aussetzen können.

Ein Kleinunternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der EU-Kommission vom 6. Mai 2003 wird als Unternehmen definiert, das weniger als 10 Personen beschäftigt und dessen Jahresumsatz bzw. Jahresbilanz 2 Mio. EUR nicht überschreitet.

Bitte beachten Sie, dass das Gesetz nur Verträge erfasst, die zwischen dem Kleinunternehmen und dem Anbieter vor dem 08.03.2020 geschlossen worden sind.

Dieses Recht können Sie als Unternehmer geltend machen, indem sie das nachfolgende Formular vollständig und wahrheitsgemäß ausfüllen und mit Belegen versehen zurücksenden. Allein die Einstellung Ihrer Zahlungen, z.B. der Widerruf von Lastschriften, reicht hierzu nicht aus!

Bitte beachten Sie dabei:

Eine Gefährdung der wirtschaftlichen Grundlagen eines Erwerbsbetriebs liegt nicht vor, wenn Ihnen Zahlungen aufgrund finanzieller Rücklagen möglich und ohne weiteres zumutbar wären.

Die Zahlungspflicht für die Telekommunikationsverträge entfällt nicht! Sie müssen die gesamten Rechnungsbeträge später, nach dem 30.06.2020 trotzdem zahlen. Um größere Zahlungsrückstände zu vermeiden, empfiehlt es sich - soweit möglich - per Überweisung zumindest Teilzahlungen zu leisten.

Sollten sie am Lastschriftverfahren teilnehmen, setzen wir dieses nach Eingang des unterzeichneten Formulars und der Prüfung der entsprechenden Belege vorläufig aus. Die Prüfung kann einige Tage in Anspruch nehmen.

Das Leistungsverweigerungsrecht gilt nur für Zahlungen aus Verträgen, die zur Eindeckung mit Leistungen zur angemessenen Fortsetzung Ihres Erwerbsbetriebs erforderlich sind (Sprache, Daten, SMS, Internet). Es gilt z.B. nicht für Rechnungsbeträge aus der Nutzung von Sonderrufnummern, Drittanbieterdiensten, für Pay-TV, Musik- oder Videostreaming und anderen Diensten. Diese müssen Sie in jedem Fall fristgerecht zahlen. Bei Zahlungsrückständen können wir diese Dienste unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben einschränken oder sperren, was Sie nicht von der Zahlungsverpflichtung entbindet.

Bitte beachten Sie, dass wahrheitswidrige Angaben strafbar gem. § 263 StGB sein können.

Erklärung zur Zahlungsverweigerung aufgrund der COVID-19 Pandemie Formular für Kleinunternehmen

Sehr geehrter Kunde,

der Gesetzgeber sieht vor, dass die Geltendmachung einer wirtschaftlichen Notsituation aufgrund der COVID-19 Pandemie belegt werden muss. Bitte haben sie daher Verständnis, dass wir die nachfolgenden Angaben benötigen, um im Interesse aller Kunden sicherzustellen, dass die gesetzliche Ausnahmeregelung des Leistungsverweigerungsrechts aufgrund der COVID-19 Pandemie auf den Kreis der Berechtigten beschränkt bleibt.

Bitte füllen Sie als vertretungsberechtigte Person Ihres Unternehmens das Formular vollständig und wahrheitsgemäß aus, unterzeichnen es und fügen Sie die notwendigen Belege bei.

An	1&1 Versatel Deutschland GmbH „Stichwort Corona“ Nordstr. 2, 24937 Flensburg
Per Fax	0461 9099 53 96500
Per E-Mail	Stundung-Corona@1und1.net

Ich versichere, dass aufgrund von Umständen, die auf die Ausbreitung der Infektionen mit dem SARS-CoV-2-Virus (COVID-19 Pandemie) zurückzuführen sind, die Erbringung der Leistung nicht oder nicht ohne Gefährdung der wirtschaftlichen Grundlage meines Kleinunternehmens möglich ist. Insbesondere stehen dem Unternehmen keine ausreichenden finanziellen Rücklagen, aus denen Zahlungen für den Zeitraum bis zum 30.06.2020 erbracht werden können, zur Verfügung.

Ich mache hiermit ein Leistungsverweigerungsrecht aufgrund der COVID-19 Pandemie bis zum 30.06.2020 geltend.

1. Persönliche Angaben

Kundennummer _____

Firma _____

Handelsregisternummer _____

Name, Vorname des Vertretungsberechtigten _____

Geburtsdatum ____ . ____ . ____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Telefonnummer _____

E-Mail _____

2. Angaben zum betroffenen Vertrag:

(Angaben zum Vertrag, auf den sich das Leistungsverweigerungsrecht bezieht)

- Festnetz
- Mobilfunk Postpaid
- Internet

3. Angaben zur finanziellen Leistungsfähigkeit und zu Einkünften

3.1. Umsatz im aktuellen Monat _____

3.2. Umsatz im Januar 2020 _____

(Hinweis für die Punkte 3.1. und 3.2.: Bitte nehmen Sie keine Abzüge für Ausgaben wie z.B. Miete vor!)

3.3. Im Falle eines signifikanten Rückgangs ihrer Umsätze seit Januar 2020: Bitte schildern Sie inwieweit dies Folge von Umständen ist, die auf die COVID-19 Pandemie zurückzuführen sind:

Fügen Sie bitte für diese Schilderung hinreichende Belege bei (z.B. Kopie Bewilligungsbescheid staatlicher Soforthilfe, sonstige Dokumente, die Liquiditätsengpass nachweisen, Bescheinigung vom Steuerberater). Ohne Belege sind wir leider nicht in der Lage, die Berechtigung ausreichend zu prüfen, so dass wir Ihren Antrag möglicherweise ablehnen müssen.

4. Erklärungen des Kunden

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass ein Leistungsverweigerungsrecht nicht zum Wegfall meiner Zahlungspflicht führt. Ich muss alle Rechnungsbeträge später trotzdem bezahlen.

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass ein Leistungsverweigerungsrecht nicht für eine Ratenzahlungsvereinbarung zum Erwerb von Zubehör und Hardware gilt. Diese werden ggf. weiter im Lastschriftverfahren eingezogen bzw. sind von mir zu überweisen.

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass das Leistungsverweigerungsrecht nur für Zahlungen aus Festnetz-/Mobilfunk-/Internetleistungen (Sprache, Daten, SMS) gilt und nicht für Rechnungsbeträge z.B. aus der Nutzung von Sonderrufnummern, Drittanbieterdiensten, für Pay-TV, Musik- oder Videostreaming. Diese muss ich in jedem Fall fristgerecht zahlen. Bei

Zahlungsrückständen können diese Dienste unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben vom Anbieter eingeschränkt oder gesperrt werden.

Ich erkläre, dass ich alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen und wahrheitsgetreu gemacht habe. Mir ist bekannt, dass die Angabe falscher Tatsachen Strafverfolgung wegen Betruges (§ 263 StGB) zur Folge haben kann.

Ich erkläre, dass ich eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die dazu führt, dass ich wieder imstande bin, meinen vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen, bei meinem Anbieter unverzüglich anzeigen werde. In diesem Fall erlischt gleichzeitig mein Leistungsverweigerungsrecht. Mir ist bekannt, dass auch das Unterlassen der Mitteilung zur Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu einer Strafbarkeit wegen Betruges (§ 263 StGB) führen kann.

Ort, Datum, Unterschrift des Vertretungsberechtigten / Stempel

Datenschutzhinweis

Die 1&1 Versatel Deutschland GmbH verarbeitet als Verantwortliche Ihre personenbezogenen Daten bei Geltendmachung des Rechts auf eine zeitlich beschränkte Zahlungsaussetzung gemäß Artikel 240 § 1 EGBGB zur Bearbeitung Ihrer Einrede sowie der betroffenen Zahlungen im Rahmen des bestehenden Vertragsverhältnisses mit Ihnen (Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO). Im Übrigen gilt unsere allgemeine Datenschutzinformation, die Sie unter www.1und1.net/datenschutz finden.